

Calmer Calwblatt

Nr. 98 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 Mt., Familienanzeigen 100 Mt., Realanzen 400 Mt., Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % - Fernspr. 9. Samstag, den 28. April 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Erträgnis 3000 Mt. monatlich, Postbezugspreis 3000 Mt. ohne Postgeb. Einzelnummer 120 Mt. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Vorbereitungen der deutschen Regierung für ein neues Reparationsangebot haben sofort die französische Propaganda veranlaßt, die Schwierigkeiten zu verschärfen, indem halbamtlich bekannt gegeben wurde, Verhandlungen würden nur unter der Bedingung eingeleitet, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgegeben wird. Dazu wird aber von unterirdischer Seite aus Berlin mitgeteilt, daß der Widerstand nicht aufgegeben werden könne, ehe die Verhandlungen eine Klärung über die Ruhrgebietsfrage gebracht hätten. Daß dieser passive Widerstand durchgehalten werden muß, wenn wir uns nicht wieder wie 1918 völlig unterwerfen wollen, wird namentlich auch von den Arbeiterorganisationen, und zwar von sozialdemokratischer wie christlich-nationaler Seite betont.

Um uns weitere Schwierigkeiten zu machen, namentlich aber um die Beibehaltung der Militärkontrollkommission zu begründen, hat die Entente eine Note an Deutschland über die Schutzpolizei geschickt, deren „militärische Organisation, Gruppierung und Einteilung“ sie abgelehnt wissen will. Deutschland hat schon verschiedentlich den Nachweis geführt, daß es sich bei der Schutzpolizei um keine militärische Organisation handelt, aber wenn die Entente eben das Gegenteil behauptet, um uns weiter demütigen und finanziell belasten zu können, so gilt vorläufig der Gewaltstandpunkt.

„Das schweigende Heldentum des deutschen Volkes.“

Es ist dem inneren Grundcharakter des Deutschen zuwider, sich in einer heroischen Pose zu gefallen, mit seinem Heroismus Klänge zu machen, und sei dies auch eine nur zu sehr berechnete. Der „miles gloriosus“ ist keine deutsche, sondern eine spezifisch französische Erscheinung. Wie der deutsche Soldat des Weltkrieges, der wirkliche Frontkämpfer, Heldentaten vollbrachte, aber nie davon sprach, ja in einer gewissen inneren Schamhaftigkeit der Seele sich auch nie als Held fühlte, so gibt es auch heute in diesem unblutigen, aber nicht minder furchtbaren Krieg nach dem Kriege viele, unendlich viele deutsche Helden, viele, unendlich viele Beispiele eines deutschen Heroismus, der nicht von sich spricht, unendlich viele Beispiele eines stillen Heldentums schweigend getragener Not. Der deutsche Heroismus schweigt und überläßt es der Welt, ihn in seinem schweigenden Handeln wie in seinem stillen Dulden zu erkennen. Vielleicht ist diese stummstolze Bescheidenheit des Deutschen aber nicht nur eine Tugend, sondern auch ein Fehler; denn die immermehr vermaterialisierte Welt hat das Gefühl für heroische Größe verloren und ist deshalb jahrelang wie blind an all dem vielen deutschen Heldentum vorübergegangen, das kämpfte und litt aber nicht von sich sprach. Nur einige wenige Völker ausgenommen: Schweden und Spanien. Besonders Spanien, dem eine große Tradition heroischer Vergangenheit einen ritterlichen Sinn noch bewahrt und das infolge eines natürlichen Gerechtigkeitsgefühls sich inmitten der Schmutzflut deutschfeindlicher Weltverhöhnung den ungetrübten Blick des Urteils noch erhalten hat, besonders in Spanien hat das stille deutsche Heldentum das Verständnis gefunden, das es verdient.

Zum Beweis diene ein Artikel des Berichterstatters des bekannten Madrider Blatt „A.B.C.“ Antonia Apetitua, der in seinem Bericht über eine Reise ins Ruhrgebiet folgendes Urteil über das „schweigende Heldentum des deutschen Volkes“ fällt. Der spanische Journalist schreibt: „Diejenigen, die glauben, das Deutschland von heute lege nicht mehr Zeugnis ab von dem gleichen Heldentum wie das von 1914, täuschen sich: Der Unterschied ist der, daß das Heldentum von damals glänzend, geräuschvoll, mit großartiger Aufmachung und dementsprechender Größe war, aber das heutige ist viel edler, es schweigt und erträgt den Hunger, die, welche im jetzigen Augenblick theatralische Kundgebungen selbstmörderischer Verzweiflung vermissen, sollten sich fragen, ob sie ein anderes Volk kennen, das größere Entschlossenheit und Widerstandskraft gezeigt hat, um derartige Schicksalsschläge zu ertragen, während die übrige Welt teilnahmslos und egoistisch, ruhig zusieht, wie das Land systematisch zerstört und vernichtet wird, das in dem Grade wie dieses zur Zivilisation beigetragen hat.“

An anderer Stelle heißt es: Mit solcher Schweigsamkeit und Selbstverleugung litt das deutsche Volk, daß vielleicht aus diesem Grund die verantwortlichen Politiker und militärischen Führer sich keine Rechenschaft davon gaben, wie die Größe des Opfers bereits längst die Grenzen menschlicher Leistungsfähigkeit überschritten hatte. Dieses heldenhafte Schweigen konnte

bei ihnen den Glauben erwecken, daß es sich nicht um lebende Wesen, sondern um Maschinen handelte. Aber selbst für die Maschinen gibt es ein Höchstmaß der Annußung, das man nicht überschreiten darf. Nach den Opfern des Krieges haben Friedensbedingungen, die von Menschen ausgeflügelt wurden, welche den niedrigsten Leidenschaften gehorchten, dieses Volk zu Sklaven gemacht, haben sein Dasein zu dem von Parasiten erniedrigt, und trotzdem fand es neue moralische Willenskraft, um an die Arbeit zu gehen. Ehe die noch blutenden Wunden geheilt waren, wurde die Tätigkeit wieder aufgenommen, obwohl jeder wußte, daß den größten Teil des Gewinns ein unmachtlicher Gegner in Anspruch nahm. Fern, fürchtbar fern war das Licht einer Erlösung, und jeden Augenblick lief es Gefahr, durch neue Forderungen des Feindes verflücht zu werden. Trotzdem verlor das deutsche Volk nicht seinen Arbeitswillen, obwohl es von seiner Arbeit kaum den geringsten Gewinn hatte. Der Mittelstand, der bis jetzt immer an der Spitze der intellektuellen Bewegung sich befunden hatte, machte verzweifelte Anstrengungen, damit seine Söhne wenigstens noch die Universitäten besuchen können. Was kann man von einem Volke noch mehr verlangen.“

Antonio Apetitua heißt der Mann, der dies geschrieben hat. Deutschland hat allen Grund, sich den Namen des wackeren Spaniers zu merken, als die eines der wenigen Ausländer, die das Wesen des deutschen Ringens um Existenz und Freiheit klar erkannt haben. Seine überaus wertvollen Ausführungen noch weiter zu kommentieren hieße sie abschwächen.

Das Reparationsproblem. Das neue deutsche Reparationsangebot vorläufig fertiggestellt.

Berlin, 27. April. Wie die Blätter mitteilen, sind die Vorverhandlungen über ein deutsches Reparationsangebot an die alliierten Mächte soweit gediehen, daß sich das Reichskabinett voraussichtlich morgen mit der Note befassen kann. Darauf sollen dann die Parteien unterrichtet und gehört werden. Vor Dienstag nächster Woche sei eine Übermittlung des deutschen Angebots an die Alliierten nicht zu erwarten.

Berlin, 28. April. Wie die Blätter mitteilen, wird sich das Reichskabinett heute mit dem deutschen Reparationsangebot, das in seiner vorläufigen Fassung fertiggestellt ist, beschäftigen. Am Sonntag sollen die Parteiführer über den Inhalt des Angebots unterrichtet werden. Laut „Berliner Tageblatt“ dürfte auf die Einberufung des auswärtigen Ausschusses verzichtet werden. Falls keine Verzögerung eintritt, könnte die Absendung der Note an die Alliierten am Dienstag oder spätestens am Mittwoch erfolgen.

Frankreich verlangt als Vorbedingung zu Verhandlungen Aufgabe des passiven Widerstandes!

Paris, 27. April. Der „Temps“ bestätigt in seinem Leitartikel die heutige Erklärung des „Matin“, daß die französische Regierung entschlossen sei, bevor sie sich auf Verhandlungen einlasse, die Zurückziehung der Maßnahmen, Verordnungen usw. im Sinne des passiven Widerstandes von Deutschland zu verlangen. Das Blatt schreibt: Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die französische Regierung nicht auf ihre Auffassung verzichten wird. Sie wird kein deutsches Angebot in Betracht ziehen, solange der passive Widerstand andauert. Die Vertreter Frankreichs in den Hauptstädten werden davon unterrichtet werden.

Keine Einstellung des Abwehrkampfes bis zur Verständigung über den Ruhrbruch!

Essen, 27. April. Aus gut unterrichteten Kreisen wird folgendes mitgeteilt: Im Ruhrgebiet bekannt gewordene Zeitungsmeldungen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage von französischer Seite nur bei Aufgabe des passiven Widerstandes erfolgen sollen, haben auf deutscher Seite eine Änderung der bisherigen Verteidigungsstaktik nicht herbeigeführt. Mit einer solchen wird auch nicht zu rechnen sein; darüber besteht in allen Kreisen einmütige Auffassung. Die von französischer Seite durch den Düsseldorf Korrespondenten des „Daily Telegraph“ verbreitete Erklärung, daß die Kohlenverordnung des Generals Degoutte nicht mit der von deutscher Seite aufgesetzten Schärfe durchgeführt werden soll, begegnet in den Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Ruhrreviers berechtigtem Zweifel. Irgend welche Tatsachen, aus denen eine Löseung der Verordnung Nr. 31 ersichtlich werden könnte, sind bisher nicht bekannt geworden. Gerade diese Verordnung, die eine völlig sinnlose Behinderung des gesamten Wirtschaftslebens im

Ruhrrevier darstellt und die die angeblich von den Befehlungsbehörden angestrebte Produktivität in keiner Weise fördert, ist ein Druckmittel, das einen verschärften Gegenruck von deutscher Seite notwendiger Weise hervorgerufen hat und weiter hervorgerufen wird. Dazu kommt noch, daß die Besetzung weiterer Zechen ebenfalls nur geeignet ist, gerade die Bergarbeiterschaft zu einer Verstärkung des Abwehrwillens zu bewegen. Die bisher erprobten und bewährten Verteidigungsmittel der passiven Abwehr werden in der ruhigen und besonnenen Weise, wie sie seit dem Einbruch der französisch-belgischen Truppen im Ruhrgebiet angewandt worden sind, auch weiterhin und bis zu der Stunde angewandt, in der eine Verständigung über die durch den Ruhr-einfall geschaffene Lage erfolgt ist.

Die Berliner Linkspresse gegen die vorzeitige Aufgabe des passiven Widerstandes.

Berlin, 28. April. Zu der französischen Blättermeldung, daß die französische Regierung als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland über die Reparationsfrage die Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet fordere, schreibt die „Rottische Zeitung“: Selbst wenn die deutsche Regierung die Vorschriften über den passiven Widerstand zurückzöge, wäre damit nichts erreicht als vermehrte Verwirrung. Die Parole, den passiven Widerstand auch nur vorübergehend aufzugeben, würde die Widerstandskraft der besonnenen Mehrheit der Arbeiter gegen die kommunistische Agitation in gefährlichem Maße vermindern und die Elemente der Zerstörung würden die Oberhand gewinnen. Auch der „Vorwärts“ urteilt in gleicher Weise: die Suspension des passiven Widerstandes würde höchstens dazu führen, daß er schärfere und wildere Formen annimmt. Keine deutsche Regierung kann durch einen Akt den passiven Widerstand zum Aufhören bringen. Das kann nur Frankreich durch Zurückziehung seiner Truppen. Der sozialdemokratische „Parlamentsdienst“ erklärt: Der Verzicht auf den passiven Widerstand kann nicht eher eintreten, bevor nicht die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, oder bevor nicht wenigstens die deutschen Unterhändler von ihrem ausschlagreichen Verlauf überzeugt sind.

Die christlich-nationalen Arbeiter zum Abwehrkampf.

Hamm, 27. April. Die in Hamm versammelten Vertreter der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten christlich-nationalen Arbeitnehmer aus dem Einbruchgebiet haben erneut Stellung zu der Frage des Abwehrkampfes genommen und ihren Willen dahin festgesetzt, daß die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft nach wie vor auf dem Boden des entschlossenen unbewaffneten Widerstandes gegen die Einbruchsmächte und deren Ziele steht. Sie sei davon überzeugt, daß ein Erfolg der Einbruchsmächte nicht nur die Zerschlagung der deutschen nationalen Einheit, sondern auch die wirtschaftliche, soziale und staatsbürgerliche Rechtfertigung der Arbeitnehmerschaft bedeuten würde. Zu diesem Zweck müßten alle inneren Zwietigkeiten zurückgestellt und die Reichsregierung in ihren Maßnahmen gestützt werden. Die kommenden Verhandlungen müßten die vorbehaltlose Rückmung der Einbruchgebiete zur Voraussetzung haben und an der bisherigen staatsrechtlichen Stellung der abgesetzten Gebiete dürfe nicht gerüttelt werden. Den durch die französisch-belgischen Gewaltmaßnahmen Geschädigten, insbesondere den Gefangenen und Ausgewiesenen, müsse volle Genugtuung und Entschädigung gewährt werden. Alle extremen Regungen und Handlungen, gleichviel welcher Art, die die Einheit des passiven Widerstandes gefährden und auf gewalttätige Lösungen oder schwächliches Aufgeben der Gegenwehr drängen, lehnten die Versammelten ab.

Mussolini über das bevorstehende deutsche Angebot.

Rom, 28. April. (Agenzia Stefani.) In der gestrigen Sitzung des Ministerrats berichtete Ministerpräsident Mussolini über die Lage im Ruhrgebiet und sprach über die Möglichkeit einer deutschen Note, die eine umfangreiche diplomatische Aktion hervorrufen könnte.

Bonar Law macht eine „Erholungs“-Reise.

London, 28. April. Bonar Law wird mit Genehmigung des Königs auf ärztlichen Rat eine kurze Seereise unternehmen. Er beabsichtigt, noch vor Zusammenritt des Parlaments nach den Pfingstferien zurückzukehren. Die Ärzte hoffen, daß er dann wieder den vollen Gebrauch seiner Stimme erlangt haben wird.

277.
ngslied 817:
chule, 8 Uhr
Fritz; Don-
e, 10 Uhr
Uhr Gottes-
tag 1/8 Uhr
de.
Uhr Predigt,
8 Uhr Licht-
Bibelstunde,
obel, nachm.
Bibelstunde,
n. Calw.
Calw.
ell.
pte
1923
-10 Uhr
trieb.
ere etc.)
Mark.
ark.
ng.
rkauß
Fabrikation
Mädchen-
d farbig,
ung, sowie
Sandalen,
schuhle re
Preisen.
ürkle,
lossen.
änte
Fernspr.
126.
Sonntag
eschau
öwen“
dberg.
nden
Sonntag ein
schirm
Beg Javelstein
Abzuholen bei
wig Schmid,
d Teinach.
fer=
weine
Hunde
auf aus
zum „Fah“,
Teinach.

Loucheur für Fortsetzung des Kampfes.

Paris, 27. April. Im Generalrat des Norddepartements hat sich Loucheur über die Lage der verwüsteten Gebiete ausgesprochen. Er sprach zuerst über die Wiederaufbauarbeiten und über die Entschädigungsfragen, namentlich für die kleineren Geschädigten, und fuhr fort: „Wir haben bis jetzt annähernd 50 Milliarden für den Wiederaufbau ausgegeben. Wir haben dafür von Deutschland nichts erhalten, und das ist auf der Reichstagstribüne anerkannt worden. (Lüge.) Wir befinden uns im Ruhrgebiet und wir haben die Gründe hierfür hier nicht zu diskutieren. Wir müssen alle mit unseren Soldaten, unseren Ingenieuren und unseren Eisenbahnern sein. Die englischen Politiker, die ich jüngst gesehen habe, habe ich gefragt: Was würdet ihr tun, wenn ihr an unserer Stelle wäret? Die Antworten waren bei den meisten sehr klar gewesen: Gewiß, wir würden nicht zurückweichen. (Das ist englische Taktik.) Durch den Widerstand hat Deutschland die Intervention eines alliierten oder eines neutralen Staats herbeiführen wollen. Es hat sie nicht erreicht. Die letzte Rede Lord Curzons ist dafür ein neuer Beweis. Jetzt hofft Deutschland, Frankreich durch Verlängerung seines Widerstands müde zu machen. Die einmütige Haltung der französischen Bevölkerung muß nach dieser Richtung dem Deutschen jede Hoffnung nehmen. Der französische Vorschlag vom Januar 1923 ist ja vernünftig gewesen. England kann ihn verbessern dadurch, daß es endgültig die Frage der interalliierten Schulden regelt. Durch seinen Widerstand kann Deutschland seine wirtschaftliche Lage verschärfen, die schon durch die Finanzpolitik, die es betreibt, sehr schlecht ist. In Nordfrankreich weiß man auch, daß die Sicherheit endgültig garantiert werden muß, und wenn man das tut, arbeitet man für den Weltfrieden.“

Die französische Gewaltpolitik.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Mülheim, 27. April. Regierungsrat Bracht, der Leiter der Polizeiverwaltung, ist heute vormittag aus unbekanntem Gründen verhaftet worden. — Die gestrigen Arbeitslosendemonstrationen sind ruhig verlaufen.

Köln, 27. April. In Essen überraschten zwei deutsche Eisenbahnbedienstete in einem Packwagen französische Beamte, die, nach den Spuren an ihrer Kleidung zu urteilen, aus dem im Wagen stehenden Kannen Milch entnommen hatten. Beide Bedienstete wurden von den Franzosen in der grausamsten Weise mißhandelt.

Dinslagen, 27. April. Der Landrat Schluchtmann, Mitglied des preussischen Landtags, Bürgermeister Wehler aus Hünne und Landjäger Mertens sind von den Belgiern als Geiseln verhaftet worden, weil bei Buchholz zwei belgische Kanalposten erschossen wurden. Die Verhafteten befinden sich im Realgymnasium in Sterkrade.

Paris, 27. April. Nach einer Havasmeldung aus Duisburg haben die belgischen Behörden festgestellt, daß die deutschen Zollbeamten fortfahren, Zölle zu erheben und insgeheim in den Wohnungen von Privatakteuren diese einzulassieren. Die vorgenommenen Hausdurchsuchungen hätten zur Beschlagnahme von Registern, Holzstempeln und bedeutenden Geldbeträgen geführt. Der erste und der zweite Sekretär der deutschen Zollbehörde in Duisburg seien verhaftet worden.

Wieder 42 Eisenbahner ausgewiesen.

Köln, 27. April. Von gestern nacht 12 Uhr bis heute früh 8 Uhr sind mit wenigen Ausnahmen alle Beamten der Stationen Rheinbach, Obendorf und Kottenforst, sowie der Streckenbaumeister der Bauabteilung Rheinbach, Regierungsbaumeister von Bauer, neben drei weiteren Beamten dieser Abteilung verhaftet und mit einem Kraftwagen ins unbefestete Gebiet abgeschoben worden. Es handelt sich insgesamt um 42 Bedienstete.

Streikdrohung französischer Eisenbahner im Ruhrgebiet.

Paris, 26. April. Ein ehemaliger Eisenbahner, der als Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ nach Düsseldorf entsandt worden ist, teilt seinem Blatt mit, daß unter den mit der Kohlen- und Kotsabfuhr beschäftigten französischen Transport- und Eisenbahnarbeitern im Ruhrgebiet, deren Kontrakte, soweit es sich um freiwillig angestellte handelt, am 5. Mai ablaufen, große Unzufriedenheit herrscht. Der Berichterstatter kommt zu folgenden Schlusfolgerungen: Wenn man nicht will, daß am 5. Mai eine Massenabreise französischer Eisenbahner aus den besetzten Gebieten erfolgt und wenn man ferner will, daß genügend Reserven vorhanden sind, um sie dann zu ersetzen, muß man sich jetzt beeilen, den Forderungen der französischen Eisenbahner nachzukommen. Die Wünsche der französischen Eisenbahner seien bereits in der vergangenen Woche dem Minister Le Troquer vorgelegt worden. Die französischen Eisenbahner verlangten einmütig, daß ihre Familien nachkommen können und daß sie unter den gleichen Bedingungen untergebracht werden, unter denen ihre deutschen Kollegen, die sie ersetzt hätten, untergebracht sind. Man habe ihnen erwidert, daß für gewisse Zonen das mit Rücksicht auf die Bevölkerung unmöglich sei. Darauf hätten die Eisenbahner erklärt, dann wollten sie eine materielle Entschädigung. Die Bezahlung, die sie jetzt erhielten, entspräche nicht der Teuerung in Deutschland und außerdem hätten sie ja auch noch zu Hause ihre Kosten. Es wäre falsch, schreibt der Berichterstatter zum Schluß, wenn man sich die Gefahr verheimlichen wollte, die jeder Ausschub einer Antwort an die Eisenbahnbeamten für die ganze Operation im Ruhrgebiet bedeutet.

Zur auswärtigen Lage.

Die Diktatur der Entente über deutsche Gebiete.

Berlin, 27. April. Die Botschafterkonferenz hat, wie wir hören, den ihr durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Paris feinerzeit übermittelten Wunsch der deutschen Regierung, in der Frage des Optionsrechts der Memelländer gehört zu werden, abgelehnt. — Das Optionsrecht gibt den Bewohnern eines abge-

trennten Gebiets für eine gewisse Frist die Möglichkeit, ihre Angehörigkeit zur alten oder neuen Staatsgemeinschaft selbst zu bestimmen.

Marshall Foch

vor der Abreise zum Vasallenstaat Polen.

Paris, 27. April. Der Präsident der Republik hat heute vormittag Marshall Foch vor dessen Abreise nach Polen empfangen.

Die Konferenz in Lausanne.

Lausanne, 27. April. In der heutigen Sitzung des politischen Ausschusses kam es bei Behandlung der Kapitulationen zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Türken und den Alliierten. Während die Alliierten sich in Art. 26 zur Abschaffung der Kapitulationen bereit erklären, fordern die Türken, daß die Kapitulationen als bereits abgeschafft betrachtet werden sollen. Es fragte sich bei den beiden Auffassungen, ob die türkische Abschaffung der Kapitulationen im Jahr 1914 oder erst die Anerkennung der Abschaffung durch die Alliierten im Jahr 1923 Geltung haben soll. Schließlich ließen sich die Alliierten auf den türkischen Standpunkt ein, falls ausdrücklich festgestellt wird, daß damit keine rückwirkende Kraft der 1914 abgeschafften Kapitulationen auf die fiskalischen und anderen Streitfragen verbunden ist. In die lebhafteste Debatte griff auch der amerikanische Beobachter (1) Crew im Sinne der Alliierten ein. Ueber die Frage der englischen Kriegesgräber auf Gallipoli scheint eine Einigung in Kurzem möglich zu werden. Der türkische Vorschlag, auf der Bahnstrecke von der bulgarischen Grenze nach Lüle-Burgas ein bulgarisch-türkisches Kontrollkomitee einzurichten, wurde von Benizelos abgelehnt. Der englische Vorschlag, in das Komitee einen Völkerbundsbeamten aufzunehmen, wurde von den Türken angenommen, nicht aber von den Griechen. Die Frage wurde schließlich den Eisenbahnfachverständigen übergeben.

Deutschland.

Lohn- und Gehaltsverhandlungen wegen der erneuten Preissteigerung.

Berlin, 27. April. Einer Korrespondenz-Nachricht zufolge findet morgen innerhalb der Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter eine Versprechung darüber statt, welche Schritte angesichts der auf allen Gebieten wieder eingetretenen Preissteigerungen zu ergreifen sind. Es sei damit zu rechnen, daß die Organisationen im Reichsfinanzministerium wegen einer Erhöhung der Aprilbezüge vorstellig werden. Der mit den Organisationen vereinbarte Gesekentwurf über die Neuregelung der örtlichen Sonderzulagen für Beamte wird noch heute oder morgen dem Reichsrat unterbreitet werden.

Drohender Bankbeamtenstreik.

Berlin, 27. April. In einer vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten einberufenen Versammlung nahm gestern die Berliner Bankangestellten zu dem kürzlich im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch Stellung, der eine Erhöhung der Bezüge für April nicht für erforderlich erklärt. Es gelangte einstimmig eine Entschließung zur Annahme, in der gegen die von der Regierung proklamierte und vom Schlichtungsausschuß befolgte Politik der Lohnstabilisierung Protest erhoben wird, da es der Regierung nicht gelungen sei, die Kaufkraft der Mark zu steigern. Die Organisationen der Bankbeamten werden aufgefordert, sofort in Berlin und im Reich Betriebsversammlungen einzuberufen und alsbald Abstimmungen in den Betrieben über die erforderlichen Kampfmaßnahmen vorzunehmen.

Der 1. Mai in Sachsen.

Berlin, 28. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Dresden hat der sächsische Ministerpräsident angeordnet, daß am 1. Mai alle staatlichen Gebäude, Schulen usw. zu flaggen haben.

Deutschland und der Fremdenzuström.

Berlin, 27. April. Im Ausland verbreitete Meldungen, wonach die deutschen Behörden strenge Vorschriften zur Einschränkung des Fremdenzustroms nach Deutschland erlassen hätten, haben Anlaß zu Warnungen vor Reisen von Ausländern nach Deutschland gegeben. Diese Warnungen sind unbegründet. Die Regierung wie die Wirtschaftsverbände in Deutschland haben Maßnahmen gegen Ausbeutung von Ausländern getroffen. Geschäftsleute, aber auch Touristen, Ferientouristen, Besuchern von Ausstellungen, Kongressen usw. werden für die Einreise und den Aufenthalt keine Schwierigkeiten bereitet. Eine weitherzige Handhabung der Ausfuhrkontrolle ist gewährleistet.

Milliardenschiebung an Farbstoffen.

Hamburg, 26. April. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben Zwischenhändler und Exporteure gemeinschaftlich mit ausländischen Schiebern Farbstoffe, die von deutschen Teerfarbenfabriken inländischen Farbereien zum Selbstverbrauch geliefert worden war, entgegen den von diesen Selbstverbrauchern eingegangenen Verpflichtungen aufgekauft und unter falscher Deklaration ins Ausland verschoben. In Köln und Hamburg wurden Verhaftungen vorgenommen. Ein Hauptbeteiligter, der Kaufmann Bertels, Inhaber der Hamburger Exportfirma Bertels & Borcher, ist geflüchtet. Es handelt sich nach den bisherigen Ermittlungen um Milliardenwerte, wobei das Reich um große Beträge an Abgaben und Steuern geschädigt worden ist. Die Angelegenheit zieht ihre Kreise über ganz Deutschland. Vor allem waren holländische Firmen die Abnehmer. Diese haben gemeinschaftlich mit deutschen Schiebern die durch den Ruhereinbruch entstandene Notlage in gewissenloser Weise ausgebeutet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. April 1923.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittags eine öffentliche Sitzung des

Gemeinderats statt. Auf Grund eines Schiedsspruchs soll den Gemeindefacharbeitern eine Erhöhung der Ausgleichszulage um 800 M. gewährt werden. Während die Arbeiter für den Wegfall der Ausgleichszulage, dafür aber für eine Erhöhung des Stundenlohns um 150 M. waren, hatten die Städte im Hinblick darauf, daß die Reichsarbeiter bis zu 250 M. weniger Stundenlohn erhalten, die Erhöhungen abgelehnt. Da man aber die Weiterungen neuer Verhandlungen in Berlin nicht auf sich nehmen wollte, haben die Städte den Schiedsspruch schließlich angenommen. Der Widerstand der Städte war auch von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß beispielsweise in den kleineren Städten nicht so qualifizierte Gemeindefacharbeiter tätig seien wie in den größeren Städten, namentlich aber die Besoldungsunterschiede zwischen Beamten und Gemeindefacharbeitern nur noch verhältnismäßig gering seien. — Auch für den Monat April sollen sofort drei Viertel eines Monatsgehalts der städtischen Beamten (wie beim Staat) vorausbezahlt werden im Hinblick auf die fortschreitende Geldentwertung. Ob die Vorhüsse wieder zurückbezahlt werden müssen, ist noch nicht entschieden. — Mit Wirkung vom neuen Schuljahr an sind vom Ministerium für Kirchen und Schulwesen die Schulgelder für die höheren Schulen, die Gewerbe- und die Frauenarbeitschule erhöht worden. Bei den höheren Schulen mit Oberklassen sind 15 000 M. festgesetzt worden, die hälftig auf Staat und Gemeinde zu verteilen wären. Bisher hat die Stadt nur die Hälfte des staatlichen Beitrags erhoben. Das würde aber bei den neuen Schulgeldhöhen einen Ausfall von 1 000 000 M. bedeuten. Es wurde deshalb die Festsetzung des städtischen Beitrags auf zwei Drittel des staatlichen vorgeschlagen. G.R. Sannwald beantragte, beim Städtetag immer wieder vorstellig zu werden, daß dieser die Regierung darauf aufmerksam macht, daß solche Erhöhungen des Schulgelds die bürgerliche Bevölkerung nicht mehr bezahlen könne. Das Kollegium erklärte sich mit dem städtischen Satz von zwei Dritteln einverstanden. Das Schulgeld für die Mittelschule beträgt im Jahr jetzt 6000 M., wovon der Staat 3000 M. erhält, während die Stadt ihren Satz ebenfalls auf zwei Drittel ermäßigt. Was die Frage eines eventuellen Schulgeldnachlasses anbelangt, so soll die Bedürftigkeit dann nicht ausgesprochen werden, wenn der Antragsteller aus einem Arbeits- und Beamtenverhältnis Kinderzulagen erhält. Für die Gewerbeschule werden 1000—1200 M. Schulgeld verlangt. — Das Jugendamt macht in einem eingehenden Bericht Mitteilung von der vom 22. November 1922 bis 27. März 1923 in 16 Wochen vorgenommenen Kinder speisung. Die Speisung wurde an 90 Tagen vorgenommen. Die Zahl der gespeisten Kinder war stetig gestiegen; zunächst waren es nur 150, durch die angestellten Untersuchungen war die Zahl der dringend benötigten Kinder auf 180 erhöht worden. Von der 11. Woche ab wurden sogar 206 Kinder gespeist. Volksschulkinder waren es anfangs 114, später 139, Realschüler 62 bzw. 65. Infolge der sehr ungünstigen Milchverhältnisse der Stadt sei auch die Speisung der Kinder der Realschule sehr notwendig gewesen. Insgesamt waren 16 424 Mahlzeiten notwendig gewesen. Den Frauen und Fräulein, die bei der Speisung ehrenamtlich mitgeholfen haben, gebührt besonderer Dank. Für die Sommer speisung seien von der Zentralleitung für Wohltätigkeit wiederum die Mittel für 200 Kinder zugeteilt worden. Auch diesmal soll die Stadt wieder ein Sechstel der Aufwendungen tragen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, dem Jugendamt sowie den Frauen und Fräulein, die ohne Entschädigung die Durchführung der Speisung übernommen hatten, den Dank der Stadt auszusprechen. An Aufwendungen sind der Stadt bis jetzt für Brennstoffe 400 000 M., und den Anteil für die Lebensmittelbeschaffung und Entschädigung des benötigten Personals in Höhe von 476 000 M. entstanden. Die Ausgaben sollen aus der Stiftung von Dr. Bozenhardt gedeckt werden. Der Antrag von R.G. Baenschle, nun auch andere unterernährte Kinder zuzulassen, und die der Speisung weniger benötigten dafür diesmal auszuschießen, wurde zugestimmt. — Nach der veränderten Feuerlöschordnung wurde die Strafgewalt des Feuerwehrkommandanten bis zu 2000 M. erhöht. Die neuen Bestimmungen lassen für die Feuerwehrausbegabe einen Rahmen von 500 bis 25 000 M. zu. Vor allem sollen die Sätze auch danach festgesetzt werden, wie groß der Nutzen der Feuerwehr gegebenenfalls für den Besteuerten ist. Nach den Bestimmungen sind die Beamten und Lehrer nicht mehr in dem Umfang wie früher von der Uebungspflicht befreit. Das Kollegium setzte fünf Abgabeklassen fest, und zwar 5000 M., 10 000 M., 15 000 M., 20 000 M. und 25 000 M. Das Dienstalter wurde auf 45 Jahre beschränkt. — Ein neues Darlehensgesetz des Siedlungsvereins macht die Aufnahme von 30 Millionen Mark notwendig, die von der Oberamtsparlase zu einem Zinsfuß gegeben wird, der um 4 Prozent höher als der heute 18 Prozent betragende Lombardzinsfuß der Reichsbank ist. Außerdem muß das Darlehen bis 20. Juli zurückbezahlt werden. Angesichts der Schwere der Bedingungen, die zur Zeit bei Schuldannahmen üblich sind, schlägt G.R. Sannwald vor, das ehemals Medizinrat Mülleische Anwesen zu veräußern, denn das Siedlungswesen müsse sonst an den hohen Zinszahlungen erliegen. Der Vorsitzende teilte dazu mit, daß sich schon Liebhaber gemeldet hätten. — Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Geldbeschaffung und im Hinblick auf die Unmöglichkeit einer ausreichenden Kontrolle des städtischen Schotterwerks schlägt der Vorsitzende vor, den Steinbrecher im städtischen Schotterwerk zu verkaufen. Die G.R. Pfeiffer, Perrot und Scholl sprachen sich dagegen aus, da sich das Werk rentiere, die G.R. Sannwald und Stauff für den Verkauf. Der Vorsitzende bemerkte, daß die bevorstehende Wiederaufnahme des Schotterwerks in Malmshaus die Rentabilität des Calwer Werks zweifellos beeinträchtigen würde. Da sich bei der Abstimmung Stimmengleichheit ergab, so gab der Vorsitzende den Stichtagsbescheid für den Verkauf. Nicht verkauft werden die Kollbahn und die Rippenwagen samt Drehscheiben. — Die Landesbaugenossenschaft würdt Verkehrsbeamter bittet in einer Eingabe um Mitteilung, ob die Stadt einen Bauplatz

zu mög
Oberpost
mit drei
für jede
selben B
über die
geführt
um Ba
Bauplatz
halb de
die Be
auswärt
Grun
gab
steu
Wert
käufe
passung
einen
halb d
sei. D
Grund
nes W
verein
worden
lassen
der S
verein
richte
Ueber
werden
zu ver
auch
man j
Berfä
daß v
ten, in
befreit
ten, fo
ten sei
G.R.
lange
hin, d
loyale
terstrie
verkau
käufe.
lung
bei an
sage v
Z.B.
: Be
nerbun
C-Kla
jeht in
Es w
Uhr b
sind d
tere n
spiel.
Zeit
Ober
und
Inzw
lungen
i. Lo
Pause
wiede
Schuß
einen
darau
bewäh
sich d
Erfah
Nach
unter
griffe
ger Z
die Z
zend.
Frank
Kurze
Der
auf 5
spiel
wart
der g
stimm
Halb
numm
nich
abem
Halb
ist.
und
reihen
lich
verba
ganz

tspruchs soll
ichszulage um
den Wegfall
ung des Stun
Sinnbild dar
Stundenlohn
er die Weiter
sich nehmen
sich angenom
dem Geschis
eren Städten
wie in den
gsunterschied
h verhältnis
sollen sofort
Beamten (wie
auf die fort
eder zurückbe
Mit Wirkung
Kirchen und
Schulen, die
worden. Bei
M festgesetzt
verteilen wä
aatlichen Be
Schulgeldsähen
urde deshalb
Drittel des
nträge, beim
af dieser die
höfungen des
ehr bezahlten
hen Satz von
ie Mittel =
Statt 3000 M
zwei Drittel
geldnachlass
ausgesprochen
und Beam
we r e b schule
s Jugendamt
von der vom
en vorgenom
de an 90 Ta
er war stetig
gestellten Un
n Kinder auf
den sogar 206
s 114, später
ungünstigen
g der Kinder
waren 16 424
Fräulein, die
gebührt be
teilen von der
ittel für 200
Stadt wieder
stehende wurde
nd Fräulein,
peisung über
gen. An Auf
se 400 000 M,
nd Entschäd
00 M entstan
dr. Bozenhardt
e, nun auch
der Speisung
n, wurde zu
ung wurde die
2000 M er
e u e r e h r
gu. Vor allem
we so groß der
Besteuerten ist.
Lehrer nicht
angspfflicht be
st, und zwar
5000 M. Das
in neues Dar
nahme von 30
ntsparlaste zu
höher als der
er Reichsbank
i zurückbezahlt
r, die zur Zeit
S a n n w a l d
wesen zu ver
an den hohen
zu mit, daß sich
nhang mit der
nblid auf die
des städtischen
Steinbrecher im
R. Pfeiffer,
is, da sich das
tauf für den
rsehende Wie
die Rentabilität
würde. Da sich
gab der Vor
Nicht verkauft
nt Dreifacheiben.
beamter bittet
einen Bauplatz

zu möglichst billigen Preise zur Verfügung stellen wolle. Die Oberpostdirektion stellt der Genossenschaft für ein Wohnhaus mit drei bis vier Wohnungen einen Zuschuß von 7 Millionen für jede Wohnung zur Verfügung. Die Stadt müsse dann denselben Zuschuß leisten. Da im Bezirk Calw die Amtskörperschaft über die zum Zweck der Förderung des Wohnungsbaus eingeführte Wohnungsabgabe zu verfügen hat, so soll das Gesuch um Baubeiträge an den Bezirksrat weitergeleitet werden. Als Bauplatz soll jedoch ein Gelände an der Altbürger Steige oberhalb der Stedlung zur Verfügung gestellt werden. Jedoch wird die Bedingung gemacht, daß in das Haus keine Beamten von auswärts aufgenommen werden dürfen. — Der Haus- und Grundbesitzerverein erhebt in einer eingehenden Eingabe Einspruch gegen die Höhe der Wertzuwachssteuer, wie sie vom Gemeinderat festgesetzt worden ist. Ein Wertzuwachs sei bei den heutigen Grundstücks- und Hausverkäufen überhaupt nicht vorhanden, da die Preise nur eine Anpassung an die Geldentwertung darstellen. Die Steuer stelle einen unerhörten Eingriff in die Vermögenssubstanz dar, weshalb sie auch von Reich und Staat schon aufgegeben worden sei. Ohne wichtige Gründe verkaufe heute niemand Haus und Grundstücke. Der Vorsitzende bemerkte zu der Eingabe, daß seines Wissens in anderen Städten der Haus- und Grundbesitzerverein auch nicht vor Festsetzung der Wertzuwachssteuer gehört worden sei. Die Steuer, die vom Staat den Gemeinden überlassen worden sei, sei im Hinblick auf die wachsenden Ausgaben der Stadt beschlössen worden. Der Haus- und Grundbesitzerverein sei über die Absicht der Einführung der Steuer unterrichtet gewesen, er hätte also auch Anträge dazu stellen können. Ueber die Steuer könne in jedem einzelnen Falle entschieden werden, um Härten namentlich gegenüber Kleinrentnern zu vermeiden. Die weitergehende Geldentwertung habe nun auch diese Steuererträge überholt. Mit einer Verringerung wolle man jedoch noch einige Zeit warten, um zuzusehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Wochen gestalten. Was die Wirkung der Geldentwertung anbelange, so sei auch zu beachten, daß viele Häuser und Grundstücke, die Goldmarkhypotheken hatten, in der Nachkriegszeit mit Papiermark von den Hypothekentagern, kolossale Gewinne gemacht wurden. In den kleineren Städten seien die Hypothekentlasten allerdings weniger groß gewesen. G. R. Sannwald erfuhrte, die Angelegenheit nicht auf die lange Bank zu schieben. G. R. Staudenmeyer wies darauf hin, daß man bei Festsetzung der Steuer die Zusage einer loyalen Durchführung extra betont habe. Auch G. R. May unterstrich diese Tatsache und bemerkte noch, daß nicht nur Notverkäufe vorlommen, sondern auch Schieber- und Gewinnverkäufe. Er trat ebenfalls für die Anpassung an die Geldentwertung ein. Nach Erkundigung über die Handhabung der Steuer bei anderen Stadtverwaltungen soll eine Verringerung der Steuererträge vorgenommen werden.

Fußballsport.

F. B. Pforzheim II : F. B. Calw II = 4:2. — F. B. Pforzheim I : F. B. Calw I = 5:6. Halbzeit = 2:6; Eden 4:2.
Bei schönem Frühlingwetter hatte der F. B. Calw den Turnerbund Pforzheim als Gast in Calw. Pforzheim steht in der C-Klasse an erster Stelle in seinem Bezirk und hat sich auch bis jetzt in den Kämpfen um die Gaumeisterschaft sehr gut gehalten. Es war deshalb ein spannender Kampf zu erwarten. Um halb 2 Uhr betrat die beiden II. Mannschaften den Platz. Die Gäste sind den Einheimischen körperlich überlegen; zudem treten letztere mit zwei Mann Ersatz an. Anfangs gleich verteiltes Feldspiel. Calw vermag sogar etwas zu drücken. Aber nach kurzer Zeit ändert sich das Bild. Pforzheim gewinnt allmählich die Oberhand. Calws Verteidigung und Torwart versagen zum Teil und den Gästen gelingt es, in kurzer Zeit 4 Tore zu schießen. Inzwischen war es dem Halblinks (Ersatz) der Einheimischen gelungen, eine schöne Flanke des Rechtsaußen durch Kopfball zum 1. Tor zu verwandeln. Halbzeit 1:4 für die Gäste. Nach der Pause stellt Calw um. Die Umstellung bewährt sich. Immer wieder bedrohen die Einheimischen das Gästetor. Aber Pech im Schuß und ungenügende Unterstützung durch die Läuferreihe vereteln jeden Erfolg. Erst aus einem Gedränge heraus gelingt es dem Halblinks, das 2. Tor für seine Farben zu buchen. Kurz darauf ertönt der Schlußpfiff. — Halblinks als Ersatz hat sich gut bewährt. Im übrigen dürften die Einheimischen stinker sein und das flache Fußballspiel mehr pflegen. — Um ¼ 4 Uhr stehen sich die beiden I. Mannschaften gegenüber. Calw mit 3 Mann Ersatz und infolgedessen in veränderter Aufstellung hat Anstoß. Nach kurzem Feldspiel wird Calw tonangebend. Die Läuferreihe unterstützt gut. Der Sturm unternimmt gefährliche stinke Angriffe. Der Erfolg bleibt nicht aus. Calw übernimmt nach kurzer Zeit durch unheimlich scharfen Torstoß des Mittelstürmers die Führung. Rechter Flügel und Mittelstürmer spielen glänzend. Dagegen ist der linke Flügel zu wenig beschäftigt. Eine Flanke von rechts verwandelt der Mittelstürmer zum 2. Tor. Kurze Zeit darauf erringt der Rechtsaußen ein weiteres Tor. Der Mittelstürmer erhöht die Torzahl auf 4, der Linksaußen auf 5. Nun legt Pforzheim los. Schönes flaches Kombinationspiel verhilft ihm zum 1. Treffer. Dann wirft sich Calws Torwart nach dem Ball — zu spät. Das Resultat lautet 2:5. Wieder greifen die Einheimischen an und wieder ist es der Mittelstürmer, der das 6. Tor für seine Farben schießt. Dann ist Halbzeit. Nach der Pause wechselt das Bild. Pforzheim spielt nunmehr einen eleganten flachen Fußball, kann aber vorerst nichts erreichen. Die Läuferreihe der Einheimischen ist jedoch übermüdet. Der Sturm faßt nicht mehr genügend Bälle ab; Halblinks wirkt infolge einer Fußverletzung nur noch als Statist. Ein Mißverständnis zwischen dem einheimischen Torwächter und Verteidigung stellt das Ergebnis auf 6:3. Ein Eismeter verhilft den Gästen zum 4. Tor, dem sie bald darauf ein 5. anreihen. Dann ertönt der Schlußpfiff. — Die Gäste haben wirklich Gutes gezeigt. Nur der zähen Ausdauer und seinem Eifer verdankt Calw I seinen Sieg. Der Schiedsrichter konnte nicht ganz befriedigen. —

Vorträge über Ehe und Sittlichkeit.

Am 29. und 30. April wird eine Herzogin von Ruf, Frau Dr. med. Friz geb. Hölzer-Wildbad über die in unserer Zeit so bedeutungsvollen Fragen der Ehe und Sittlichkeit sprechen. Der erste Abend ist für alle Erwachsenen, Männer und Frauen, der zweite nur für Frauen und Mädchen bestimmt. Frau Dr. Friz, Mitglied des Landesauschusses des Ev. Volksbunds, erweist sich in ihrem Vortrage: „Vor der Ehe — in der Ehe“ als verständnisvolle, charaktervolle Beraterin und so werden auch ihre Vorträge in die Wirklichkeit auf diesem Gebiet manches Licht bringen.

Tanzabend der Schule Herion.

Man schreibt uns: Am Montag, den 7. Mai abends 8 Uhr veranstaltet die Schule Herion aus Stuttgart wieder einen Tanzabend im hiesigen Badischen Hof. Die genannte Schule ist hier zur Genüge bekannt, sodaß nicht noch besonders auf ihre Leistungen hingewiesen zu werden braucht. Sie bringt ein vollständig neues Programm mit neuer Besetzung. — Karten in der Buchhandlung Häufler.

Wetter für Sonntag und Montag.

Der über England aufgetauchte Luftwirbel zieht in der Hauptsache nördlich von uns vorüber, hat aber doch auch in Süddeutschland soviel Störungen hervorgerufen, daß am Sonntag und Montag bei meist westlichen Winden vielfach Regen und Abkühlung zu erwarten sind.

Strafbefehl-Schnellverfahren.

Die neueste Senkung des Marktwerts hat die Gefahr der Ausbeutung durch Preistreiberien u. Warenzurückhaltungen besonders nahegerückt. Zur möglichst raschen und nachdrücklichen Bekämpfung dieser Gefahr hat sich das Justizministerium auf Anregung des Ernährungsministeriums entschlossen, das sog. Strafbefehl-Schnellverfahren auch in Württemberg in geeigneten Fällen durchzuführen. Von dem Verfahren ist erstmals am 24. ds. zunächst auf dem Stuttgarter Schlacht- und Viehhof Gebrauch gemacht worden. Bei dem dort gebildeten fliegenden Marktgericht kamen ein Fall wegen unerlaubten Handels und fünf Fälle wegen Preistreiberie zur Aburteilung. Wegen unerlaubten Handels mit Schweinefleisch hatte sich der Metzger Paul Thumm von Nusberg zu verantworten, weil er zwei geschlachtete Schweine, ohne Fleischhandelserlaubnis, verkaufen wollte. Die 162 Kilo Schweinefleisch wurden von Beamten des Waidamts beschlagnahmt und sofort verwertet. Der Strafbefehl lautete auf 40 000 M und Einziehung eines Teils des Erlöses von 200 000 M. Der Verurteilte erlegte die Beträge. Wegen Preistreiberie war der Händler Friz Scheu von Owen u. T. vorgeführt, weil er für drei lebende Schweine 3500 M pro Pfund Lebendgewicht verlangte (der Angemessenheitspreis 1. Klasse war 3000 bis 3200 M). Der Strafbefehl lautete auf 60 000 M. Der Verurteilte erlegte den Betrag sofort. Wegen desselben Vergehens hatte sich der Aufkäufer der Landwirtschaftlichen Bezugs- und Abgabgenossenschaft Hall, Karl Kleinhans von Sulzdorf O. H. Hall zu verantworten, weil er für ein Schwein mit 270 Pfund Lebendgewicht 3600 M forderte. Der Strafbefehl lautete auf 80 000 M und Einziehung des Uebergewinns im Betrag von 300 000 M. Der Verurteilte erhob Einspruch. Der Händler Josef Wenger von Laupheim verlangte für einen Bullen von 650 Kilo Lebendgewicht 2500 M für das Pfund (statt 1900 bis 2100). Der Strafbefehl lautete auf 100 000 M. Der Verurteilte erlegte den Betrag sofort. In derselben Sache hatte sich der Viehhändler Franz Steine von Laupheim zu verantworten, weil er den vorerwähnten Waidpreis zu zahlen bereit war. Der Strafbefehl lautete gleichfalls auf 100 000 M. Der Verurteilte erlegte den Betrag sofort. Endlich war der Preistreiberie beschuldigt der Diplom-Landwirt Friz Ludwig von Stuttgart in seiner Eigenschaft als Verkäufer des Württ. Viehverwertungsverbandes Stuttgart, weil er für ein Schwein 2. Qual. 3400 M das Pfund Lebendgewicht verlangt hatte. Der Strafbefehl lautete auf 50 000 M und Einziehung eines Uebergewinnes von 36 000 M. Dieser Verurteilte erhob Einspruch.

Der Fall Reil-Bazille.

(S. B.) Stuttgart, 26. April. Der Abg. Bazille hat zu der Erklärung des Ministers Reil einen Brief an den Präsidenten des Reichstags geschrieben, dem wir folgendes entnehmen: Die Erklärung Reils ist zum Teil irreführend, zum Teil nicht vollständig. Es ist ganz ausgeschlossen, daß es überhaupt einen Juristen geben kann, der noch irgend welchen Zweifel hätte, denn die Staatsanwaltschaft spricht in ihrem Einstellungsbeschlusse aus, daß nach den angestellten Ermittlungen die dem Abg. Reil zugegangenen Mitteilungen teils unwahr, teils entstellte, teils unvollständig sind und die Vorwürfe nicht begründet erscheinen. Weitere

**Rhein und Ruhr
sind die Angelpunkte deutschen Schicksals.
Denkt daran
und gebt zum Deutschen Volksoffer.**

**Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Lederstraße;
Kaufmann Dreiv, und Kaufmann Rauhle, Marktplatz;
Kaufmann Serva, Lederstraße; Oberamtspflege Calw;
sowie Kassenstelle der Vereinigten Deckenfabriken.**

Beweise, die Bazille angeboten habe, brauchten nicht erhoben zu werden. Was den Fall des angeblichen Betrugs durch doppelte Gehaltserhebung anlangt, so stehe unzweifelhaft fest, daß Bazille sein württ. Gehalt ab 1. Februar 1919 mit Recht zu fordern gehabt habe und daß die Vergütung, die er für seine nebenamtliche Tätigkeit berechnete, nach den Aussagen eines sachverständigen Zeugen nicht niedrig sei. Auch das Verlangen dieser Nebenvergütung sei objektiv begründet. In dem dritten Falle, nämlich der Berechnung von Eisenbahnfahrkosten trotz Benützung eines Kraftwagens habe die Staatsanwaltschaft festgestellt, daß Bazille die Benützung des Kraftwagens selbst persönlich in den Kostenzettel eingetragen habe und daß sein Rechtsstandpunkt von seiner vorgelegten Behörde als richtig anerkannt worden sei, so daß der Vorwurf des versuchten Betrugs jeglicher Grundlage entbehre.

Staatsdarlehen für das Technikum in Reutlingen.

(S. B.) Stuttgart, 26. April. Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes festgesetzt, wodurch das Finanzministerium ermächtigt wird, dem Werkbühnenverein Reutlingen aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse zum Ausbau des Technikums für Textilindustrie in Reutlingen Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 60 Millionen Mark gegen angemessene Verzinsung und gegen Tilgung nach näherer Bestimmung des Finanzministeriums zu gewähren. Der Gesetzentwurf wird demnächst dem Landtag zugehen.

Der Mord in Schiltach.

(S. B.) Schramberg, 27. April. Eine aus Wolsbach eingetroffene Gerichtskommission konnte feststellen, daß der Mord an dem Tuchfabrikanten Hermann Korndörfer in Schiltach in der Zeit von 12 bis ¼ 1 Uhr nachts geschehen ist. Der Mörder hat den Schuß von einem Baume oder dem Berge aus abgegeben und sein Opfer mitten ins Herz getroffen, so daß der Tod sofort eintrat. Ueber die näheren Umstände und Motive wird die Untersuchung noch Aufschluß erbringen. Der Ermordete, eine geachtete, weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannte und angesehene Persönlichkeit, stand anfangs der siebziger Jahre.

(S. B.) Schramberg, 27. April. Als Täter des in Schiltach an dem Fabrikanten Korndörfer begangenen Mordes wurde der in der Tuchfabrik Korndörfer beschäftigte, etwa 40 Jahre alte verh. Weber Wilhelm Böhrle verhaftet. Man fand bei ihm ein Militärgewehr und Patronen, sah ihn auch tags zuvor an dem Plage, von dem aus der Schuß abgegeben worden sein kann. Die Motive des Täters sind noch unbekannt.

(S. B.) Reutlingen, 27. April. In einem Hause der Katharinenstraße kam es zwischen zwei Mietsparteien, und zwar zunächst zwischen zwei Frauen, zu Streitigkeiten. Als die Auseinandersetzungen immer erregter wurden, kamen die Männer dazu. Sie schlugen auf einander ein, wobei der eine dem anderen einen Beißhieb auf den Kopf beibrachte, der den Betroffenen schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzte.

(S. B.) Rottweil, 27. April. Der 21 Jahre alte frühere Postbesitzer Richard Reger in Schwenningen hat beim Postamt Schwenningen zwei Briefe, die ihm zur Bestellung an den Empfänger übergeben waren, für sich behalten und die darin befindlichen Schecks über 20 und 25 Dollars herausgenommen und verwertet. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis abzüglich 2 ½ Monate Untersuchungshaft.

(S. B.) Großaspach, O. A. Badnang, 27. April. Die Erneuerung eines Wasserleitungsrohrs an der Hauptstraße in der Nähe der Kirche machte Grabarbeiten notwendig. Durch vorüberfahrende Lastautos wurde eine Wand stark erschüttert, so daß die Erdmassen in Bewegung kamen und die arbeitenden Männer namens Böhrle, Schwenter und Treß ganz oder teilweise unter sich begraben. Nach der Bergung wurden die drei mit erheblichen Verletzungen, u. a. Quetschungen und Brüchen, ins Bezirkskrankenhaus Badnang verbracht.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 29 790 Mark, der Schweizer Franken auf 5403 Mark.

Märkte.

(S. B.) Schömbetz, 27. April. Dem Schweinemarkt wurden 46 Stück zugeführt und bis auf einige Stück verkauft um den Preis von 290 000—400 000 Mark pro Paar.

(S. B.) Stuttgart, 26. April. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 48 Ochsen, 33 Bullen, 200 Jungbullen, 142 Jungriinder, 264 Kühe, 389 Rälber, 1077 Schweine, 48 Schafe, 3 Ziegen, 7 Ziegenkälber. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen I. 2700 bis 2950 Mk., (letzte Markt: 2550—2750 Mk.), II. 2100 bis 2500 Mk., (1800—2350 Mk.), Bullen I. 2150—2300 Mk., (2000—2250 Mk.), II. 1750—2000 Mk., (1750—1950 Mk.), Jungriinder I. 2700—3000 Mk., (2600—2800 Mk.), II. 2300 bis 2600 Mk., (2250—2550 Mk.), III. 1750—2100 Mk., (1700—2100 Mk.), Kühe L. 1900—2250 Mk., (1800—2100 Mk.), II. 1450—1750 Mk., (1400—1700 Mk.), III. 900—1250 Mk., (850—1200 Mk.), Rälber I. 2850—3000 Mk., (2700 bis 2850 Mk.), II. 2600—2800 Mk., (2400—2600 Mk.), III. 2300 bis 2500 Mk., (2100—2300 Mk.), Schweine I. 3300—3400 Mk., (3200—3300 Mk.), II. 2900—3200 Mk., (2800—3000 Mk.), III. 2500—2750 Mk., (2450—2700 Mk.). Verlauf des Marktes: belebt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw, Druck und Verlag der W. Dellinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bad Teinach, den 28. April 1923.
Todes-Anzeige.
 Teilnehmenden Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Adolf Daiker †
 Freitag nachmittag im Alter von 54 Jahren unerwartet an einem Herzschlag verschieden ist. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Forststr. Daiker m. Familie.
 Beerdigung Montag nachmittag 2 Uhr in Teinach.

Bad Teinach, den 27. April 1923.
Trauer-Anzeige.

 Unser langjähriger
Rüchmeister
Herr Adolf Daiker
 ist unerwartet rasch an einem Herzschlag verschieden.
 Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen, zuverlässigen Mitarbeiter, der in vorbildlicher Pflichterfüllung bis zum Tode auf das Wohl meines Hauses bedacht war. Wir werden seiner stets in Dankbarkeit gedenken.
Adolf Amdler mit Familie.
 Hotel zum „Hirsch“.

Lasset kein Geld unnütz zu Hause liegen. Je nach Höhe und Art der Anlage zahlen wir 6 bis 12% Zins.
Spar- & Vorschußbank Calw.

1a. Qualitätszigaretten zu 60 und 80 Mk. Kleinverkauf,
 ferner
Rauchtabak, Batschari-u. Salem-Zigaretten zu Uebergangspreisen,
 offeriert
Tabakwarengroßhandlung Benno Daube, Königsbach i. B. Fernsprecher Nr. 53.

Paul Ränchle am Markt, Calw. Webwaren
 aller Art in nur guten Qualitäten zu günstigen Preisen.

Bieh-Verkauf.
 Am nächsten Montag, den 30. April, haben wir in unseren Stallungen im Gasthaus zum „Bad. Hof“ in Calw einen Transport
starker, junger Milchkuhe; trächtiger Kühe; (Schaffkühe); Kälberkühe; starker, hochträcht. Kalbinnen sowie schönes Jungvieh zum Verkauf.
Rubin und Salomon Löwengart



Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.
Die General-Versammlung
 findet am
Sonntag, den 29. April 1923, nachmittags um 2 1/2 Uhr im Gasthof zum „Badischen Hof“ in Calw statt.
Tagesordnung:
 1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 2. Entlastung des Vorstands.
 3. Verwendung des Reingewinns.
 4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern.
 5. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
 6. Festsetzung der Höchstätze im Sinne der § 30 Abs. 2 der Satzung.
 7. Änderung der §§ 38, 39, 41 und 43 der Satzung.
 8. Entgegennahme des Berichts über die von Herrn Verbandsrevisor Schumacher am 12. und 13. Juli 1922 vorgenommene Revision unserer Bank.
 9. Auszahlung der Gewinnanteile aus vollen Geschäftsanteilen.
 Wir laden unsere Mitglieder zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst ein.
 Calw, den 19. April 1923.
Für den Vorstand: Georg Wagner. **Für den Aufsichtsrat:** Hans Fechter.

2. Liste
 der
Friedrich Häubler'schen Buchhandlung Calw
 über guterhaltene antiquarische Bücher und Restbestände:

	statt Mk.	nur Mk.
Brehm's Tierleben, 4 Bände, Ganzleinen	288 000	200 000
Berge's Schmetterlingsbuch, große Prachtausgabe, reich illustriert . . .	120 000	75 000
Nansen, In Nacht und Eis, 2 Bände . . .	65 000	38 000
Filchner, sechster Erdteil, Ganzleinen, blau mit echt Goldaufdruck	60 000	40 000
Tieck's Werke, 3 Bände, Ganzleinen . .	60 000	30 000
Stegemann, Geschichte des Krieges IV . .	25 500	17 000
*Storm, ausgew. Erzählungen, Halbleinen	21 000	14 000
Michaelis, Für Staat und Volk	18 000	12 000
*Kügelgen, Jugenderinnerungen	16 000	10 000
*Eckermann, Gespräche mit Goethe . .	16 000	10 000
*Paul Keller, Hubertus / Spiegel } pro 15 000 / 9 500 Lagerlöf, Gösta Berling } Band		
*Hesse, Klingsors letzter Sommer		
*Heinrich Mann, Die Armen	12 000	7 200
*Kellermann, 9. November		
*Zweig, Novellen um Claudia		
Breviere ausländ. Denker und Dichter Ganzleinenbände mit echt Goldschnitt Poe, Carlyle, Ruskin, Tolstoi pro Band	9 500	5 500
*Paul Keller, Stille Straßen	9 500	5 500

Von den mit * bezeichneten Bänden sind mehrere Exemplare vorrätig.
Besichtigen Sie bitte mein Bücher-Schau fenster!

Privatlehranstalt für Stenographie und Maschinenschreiben
 Leopoldstrasse. **Pforzheim** Hafnergasse 1.
 Gründlicher Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene durch geprüfte Lehrkräfte.
 15. Schuljahr. Eintritt jederzeit.

Althengstett. Fahrnisversteigerung.
 Am Dienstag, 1. Mai, nachmittags 1 Uhr, werden im Arzt haus gegen Barzahlung öffentlich versteigert:
 1 Plüschgarnitur, (Sofa, 2 Fauteuils, 2 Sessel) 1 Kleiderkasten, 1 Salontisch, 2 vollständige Betten, 1 Sofa, 1 Wasch- und 1 Nachttisch, 1 Kinderstubenwagen, 1 Kinderjessel, Küchenmöbel, Waschzüber, und allerlei Hausrat.

Alte Gebisse
 kaufe stets und zahle für jed. Zahn mit echten Silbten bis zu 3000 Mark.
S. Lück, Bad Liebenzell, Wilhelmstr. 190, 1 Treppe

Einige Raummeter Stockholz verkauft
Jakob Schroth, Lügenhardt D. Calw

Kaufe Felle
 aller Art
Jakob Eberhardt, Badstraße 342.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
 Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr
Der glühende Kristall
 2. Episode
Unter den Krallen der Löwen.
 Als Einlage
Rönnyved, der große Unbekannte
 Ein kriminelles Abenteuer in 5 Akten, nach dem Roman „Razza der Liebe“ von Paul Rosenhayn.
Doppelprogramm.

Bad Teinach.
 Heute Samstag, den 28. u. morgen Sonntag, den 29. ds. findet im
Gasthaus zum „Fäß“
Miehel-Suppe
 statt, wozu jedermann freundlichst eingeladen ist.
Eberhard.

Oberes Bad Liebenzell.
Die Wirtschaft
 ist wieder geöffnet.

Das Café
 ist wieder eröffnet
 und laden zum Besuch freundlichst ein.
Geschw. Mutschler, Ernstmühl.

Turnverein Calw
 Montag abend
Turn-Versammlung.

Grau-weiße Ente zugelaufen.
 Abzuholen
Nonnengasse 143.

Zur Haarpflege
 empfiehlt echtes
Birkenhaarwasser
Karl Otto Binçon.

Bei Kropf, Blähhsal
 uff. wirken einwandfrei
Re-Ma-Strumetten
 zu haben in der Alten Apotheke.

TAPETEN
 in groß. Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER
 Bahnhofstraße.

Mädchen
 zur Beihilfe in Küche u. Haushalt, welches auch Gartenarbeit versteht und 1 Kuh melken kann. Höchster Lohn. Familiäre Behandlung.
Frau M. Schlanderer, Unterreichenbach.

Rüchdenbuffett
 1,30 Meter breit hat zu verkaufen
G. Rentschler, Schreinermeister, Haggasse.

Ein guterhahenes Kinderbettläde,
 sowie ein **Sportwagen** mit Verdeck preiswert zu verkaufen.
 Von wem sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Montag, den 30. April, von vormittags 7 Uhr ab, steht in Calw im „Löwen“ ein großer Transport erstklassiger, starker, junger Milchkuhe; große Auswahl schwer., hochtr. Kalbinnen; sowie schönes Jungvieh zum Verkauf.
Rubin und Max Löwengart.

